

KAMBODSCHA

## Blamiertes Tribunal

Das Rote-Khmer-Tribunal in Phnom Penh droht zu scheitern, bevor es überhaupt in die entscheidende Runde geht. Mehr als 100 Millionen Dollar hat der internationale Gerichtshof, durch den die Verbrechen der kambodschanischen Massenmörder im Zeitraum von 1975 bis 1979 gesühnt werden sollen, seit seiner Gründung vor fünf Jahren schon ausgegeben. Aber erst ein eher zweitrangiger Fall wurde abgeschlossen: „Duch“, 68, ein ehemaliger Folterknecht, erhielt im Juli 2010 eine 35-jährige Gefängnisstrafe, von der er noch 19 Jahre absitzen muss. Zwar ist jetzt für den 27. Juni der Beginn des zweiten Prozesses angesetzt, in dem sich hochrangige Verantwortliche stellen müssen: der Vize des verstorbenen Führers Pol Pot und „Bruder Nummer zwei“ Nuon Chea sowie der ehemalige Rote-Khmer-Staatschef Khieu Samphan, der Ex-Außenminister Ieng Sary und die ehemalige Sozialministerin Ieng Thirith. Doch ist völlig unklar, ob das Verfahren über ein Vorgeplänkel hinauskommen wird oder gar mit Freisprüchen endet. Beobachter verweisen auf den angegriffenen Gesundheitszustand der zwischen 79 und 85 Jahre

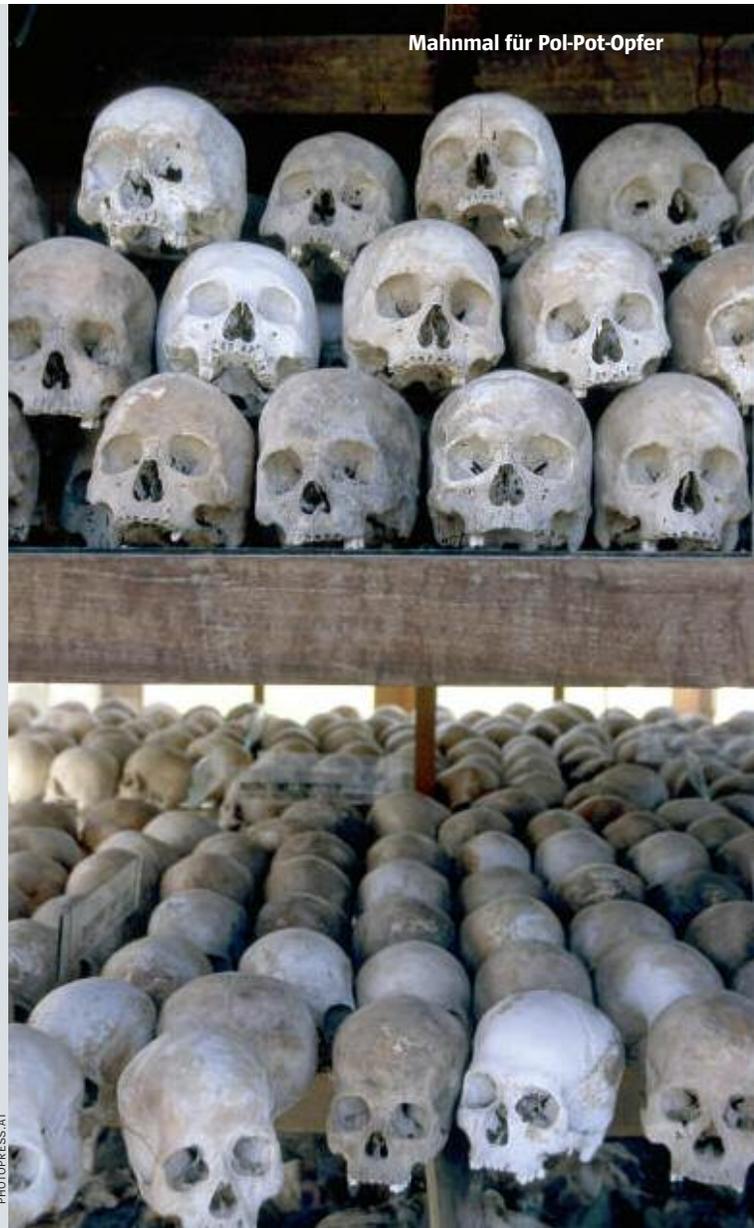


SIDDEUTSCHER VERLAG

Khieu Samphan  
1976

alten Angeklagten. Darüber hinaus könnten erfahrene Juristen wie der französische Khieu-Samphan-Anwalt Jacques Vergès die Indizienkette der Anklage vielleicht durchbrechen.

Noch blamabler für das Tribunal, bei dessen Einrichtung die Uno den Kambodschanern in allen Fragen mindestens paritätische Rechte eingeräumt hat: Mit Ende des Falls 002 soll Schluss sein. Premier Hun Sen hat angekündigt, weitere Prozesse zu verhindern. Vier Mitarbeiter des Tribunals traten daraufhin aus Protest zurück, weil nicht mehr ernsthaft ermittelt werde. Hun Sen hat kein Interesse an einer wahren Aufarbeitung der Schreckenszeit: Er war selbst ein Roter Khmer und ließ in seiner Amtszeit in den Neunzigern führende Kader der Steinzeitkommunisten begnadigen, unter anderen auch die berüchtigten Sou Met und Meas Mut. Beide sollen inzwischen führende Offiziere der Armee geworden sein; gegen sie hatte wohl der britische Ankläger das dritte Verfahren angestrengt. Bleibt die Frage, ob Japan und Deutschland, die Hauptgeldgeber des Tribunals, sich das gefallen lassen.



Mahnmal für Pol-Pot-Opfer

PHOTOPRESS.AT

TÜRKEI

## Geheimtreffen auf der Insel

Offiziell ist Abdullah Öcalan Ankaras Staatsfeind Nummer eins, doch insgeheim führt für die Regierung an dem Chef der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK wohl kein Weg vorbei. Nur zwei Tage nach der Parlamentswahl am 12. Juni soll eine Delegation der Regierungspartei AKP auf die Gefängnisinsel İmralı gefahren sein, um mit dem 1999 verhafteten Öcalan diskret über eine Lösung des Kurdenkonflikts zu verhandeln. Von offizieller Seite wurde dieses Treffen zwar

nicht bestätigt. Auch hatte Premier Recep Tayyip Erdogan im Wahlkampf verkündet, dass er mit dem PKK-Führer „kurzen Prozess“ gemacht hätte, wäre dieser in seiner Amtszeit gefasst worden. Schon am Wahlabend schlug Erdogan milde Töne an. „Der Ministerpräsident hat gar keine andere Wahl“, sagt die Abgeordnete und Öcalan-Anwältin Aysel Tugluk. „Wenn er eine Eskalation der Gewalt verhindern will, muss er auf uns Kurden zugehen.“ Von ihrem Mandanten hatte sie noch kurz vor der Wahl ein Ultimatum überbracht: Bis Mitte Juni müsse sich Anka-

ra mit der PKK an einen Tisch setzen – oder die Organisation werde den einseitigen Waffenstillstand aufheben. Freitag verlängerte sie ihn dann. Hintergrund für das Treffen auf der Ge-

fängnisinsel dürfte aber vor allem die Tatsache sein, dass die Kurdenpartei BDP als wahre Siegerin der Wahl gilt. Sie konnte die Zahl ihrer Sitze auf 36 nahezu verdoppeln und in einigen Wahlkreisen über 60 Prozent der Stimmen gewinnen. Nun pocht sie auf eine „demokratische Autonomie“ für den kurdischen Südosten und auf eine Einigung zwischen Staat und PKK.



Häftling Öcalan 1999

BFA